

---

# Worum geht es hier eigentlich?

Die wahren Motive der Initianten des Verhüllungsverbots sind klar. Mit ihren Bildern und Botschaften schüren sie Rassismus gegen Muslime. Bei dieser Abstimmung dürfen wir nicht ignorieren, welches Menschenbild damit zementiert wird.

Ein Kommentar von Meltem Kulaçatan, 24.02.2021

Ich war auf dem Arbeitsweg an die Universität Zürich, als mir in der Nähe vom Hottingerplatz ein bemerkenswertes Plakat am Strassenrand begegnete. Darauf war eine Frau abgebildet, die einen Nikab trägt.

Sie sollte die Schweizer Nation vor der Abstimmung im Februar 2017 sinnbildlich warnen: Käme es zu einer erleichterten Einbürgerung der sogenannten dritten Generation, sähe sich dieses hochdiverse und mehrsprachige Land mit einer Armada schwarz verhüllter Frauen konfrontiert, die – man möge es verhindern – potenzielle Schweizer Terroristinnen sein könnten.

Auf diese Art und Weise bemühte sich die SVP im Vorfeld der Abstimmung gegen die erleichterte Einbürgerung für Nachkommen ehemaliger Gastarbeiter in der Schweiz. In gewohntem Stil und nunmehr in vertrauter Grafik – man entwickelt eine unweigerliche Beziehung zueinander, wenn man sich ständig im Alltag zwischen Arbeitsweg, Einkauf und Wartezeiten am Hauptbahnhof begegnet – setzte die Partei dafür Comic-Terroristinnen ein, die die unabsehbaren Folgen einer erleichterten Einbürgerung verdeutlichen sollten.



---

## Zur Autorin

Meltem Kulaçatan ist Erziehungs- und Politikwissenschaftlerin. Sie forscht und lehrt an der Goethe-Universität Frankfurt. Derzeit ist sie als wissenschaftliche Projektleiterin tätig. Im Herbstsemester 2016/17 war sie Gastprofessorin am Religionswissenschaftlichen Seminar an der Universität Zürich. Ihre Arbeits- und Forschungsschwerpunkte sind Jugend, Islam, Migration sowie Frauen- und Geschlechterforschung.

An diesem sonnigen, kalten und sehr klaren Morgen hatte sich jedoch nachts zuvor ein schelmischer Zeitgenosse den Bruch mit den Symbolen und Aussagen erlaubt: Statt «Unkontrolliert einbürgern? Nein» war nun auf dem Plakat «kontrolliert Bürger» zu lesen. Das Gesicht der vermeintlichen Comic-Terroristin war mit dem Konterfei eines Hamburgers ersetzt worden.

Ganz in der Nähe, praktisch vis-à-vis dem Plakat, gibt es einen nach wie vor bestehenden (wirklich empfehlenswerten) Obst- und Gemüseladen, dessen Name Huber auf die oberdeutsche Bezeichnung von Hufner zurückgeht. «Huber» wurden Bauern genannt, die eine ganze Hube Ackerland besaßen. Dadurch hatten sie den Status von Freibauern und waren nicht abhängig von einem Grundherrn. Die Bezeichnung war insbesondere im süddeutschen Raum verbreitet.

Auf dem Weg nach Hause suchte ich diesen Lebensmittelladen auf, der sich als Feinkostladen entpuppte, und ich war auf der Stelle begeistert: Die Regale waren mit Köstlichkeiten aus aller Welt bestückt. Sowohl regionale als auch überregionale Produkte fanden hier ihren Platz. Ich entdeckte auch türkische Lebens- und Genussmittel und integrierte Huber augenblicklich in meinen alltäglichen Nahraum.

Denn Huber entpuppte sich als postmigrantisches, süddeutsch-schweizerisches Emblem, das in der Nähe vom Hottingerplatz seinem Tagwerk nachging. An der Kasse angekommen, legte ich meine Lebensmittel und auch die Flasche Rakı – ein türkisches alkoholisches Getränk – auf das Band. Die Dame an der Kasse war sehr elegant gekleidet – ganz in leuchtendem Violett, mit einem passenden Kopftuch, das ihr blasses Gesicht rahmte.

Sie lächelte mich freundlich an und sagte auf Schweizerdeutsch, dass sie selten Kundinnen hätten, die gezielt türkische Spirituosen kauften.

Daraufhin sprach ich auf Türkisch mit ihr weiter, und wir unterhielten uns kurz. Draussen angekommen, sah ich zu «meinem» Plakat und versuchte, wenngleich ermüdet von dem ihm innewohnenden Diskurs, die Kluft zwischen meiner Alltagsrealität, den zwischenmenschlichen Begegnungen und der politischen Manipulation in eine gewisse Ruhe zu bringen – trotz des grellen Islamhasses, der das Plakatmotiv verbreitete und trotz der Misogynie gegen eine imaginierte weibliche Menschengruppe.

Ich versuchte mich in die Perspektive der Beobachterin zu begeben und mich nicht unmittelbar von den Aussagen angesprochen zu fühlen. Stattdessen prostete ich matt «meiner» Burger-Terroristin mit einem imaginären Glas Rakı zu und freute mich über meine neue Bekanntschaft mit Huber.

Der Laden wird geführt von der Familie Apaydın. Der Name Apaydın bedeutet «glänzend hell», wobei hier für die korrekte Übersetzung die Vorsilbe «ap» und das Adjektiv «aydın» getrennt werden müssten. Die Vorsilbe «ap» verstärkt das Adjektiv, das ihm folgt. Ein Ort also, der als «apaydın» bezeichnet wird, ist ein Ort voller Licht: der hell leuchtende, glänzende Huber.

Damit hatten sich also die ehemaligen Bauern aus Deutschland zu einem sehr hellen, global ausgerichteten, postmigrantischen Kleinod innerhalb des Feinkost-Segments mitten in Zürich entwickelt.

Im gleichen Zeitraum hatte ich während der Veranstaltung zur Verleihung des Fischhof-Preises erfahren dürfen, was es heisst, mittels Stereotypen selbst markiert zu werden. Der Fischhof-Preis wird alle zwei Jahre von der Gesellschaft Minderheiten in der Schweiz und der Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus verliehen. Der Preis wird sowohl an Personen als auch an Institutionen verliehen, die sich gegen Rassismus, Antisemitismus und Fremdenhass engagieren.

In diesem Jahr wurde der Fischhof-Preis an die Schweizer Journalistin Amira Hafner-Al Jabaji und den Extremismusexperten Samuel Althof Kessler verliehen: an zwei Menschen also mit einer muslimisch-irakischen Migrationsbiografie einerseits und einer jüdischen andererseits.

Während des Small Talks im Nachgang zur Preisverleihung wurde ich von einem mir fremden Gast gefragt, ob ich in die Schweiz gekommen sei, um die Studenten zu radikalieren. Er spielte auf meine Seminare als Gastprofessorin an der Universität Zürich an, die ich im Zusammenhang mit meiner Forschung zu Demobilisierung und religiös-extremistischer Radikalisierung hielt.

Ich sah ihm lange in die Augen und sagte mit fester Stimme, ja, dass ich genau deshalb in die Schweiz gekommen sei. Ich sei gekommen, um aus allen meinen Studenten und Studentinnen radikale Feministen und Feministinnen zu machen.

Um mich herum brach augenblicklich schallendes Gelächter aus.

Insbesondere die weiblichen Gäste, die neben mir standen, amüsierten sich. Indes war mein Gegenüber irritiert. Er lachte mit. Zumindest sein Mund lachte. Der Rest seines Gesichtsausdrucks bewahrte so etwas wie Fassung in seiner Verunsicherung.

Während des restlichen Abends fragte ich mich, ob die Wirksamkeit von Bildern und Plakaten mit terroristischer Anmutung und projizierten Gefahrenszenarien mitunter auch zu solchen Äusserungen und Markierungen beitragen könnten. Der Mann kannte mich schliesslich nicht.

Führten diese Bilder nunmehr auch dazu, Dinge in dieser Art einfach so, ohne dass man sich je zuvor begegnet wäre, ohne dass man sich je zuvor ausgetauscht geschweige denn kennengelernt hätte, wie eine Selbstverständlichkeit auszusprechen?

Wurde ich einem Security-Check unterzogen, von dem ich nichts wusste?

Waren diese Bilder und ihre Botschaften auf den Plakaten und aus den Debatten bereits in eine Art körperliche und mentale Einverleibung übergegangen?

Hätte ich als Wissenschaftlerin betonen müssen, dass ich nicht mein Forschungsfeld bin? Oder dass ich keinen Weg der Radikalisierung, der Gewaltausübungen, der terroristischen Anschläge, der Pervertierung religiöser Quellen und Praktiken hinter – oder gar vor mir habe?

Aber darum ging es schliesslich nicht. Nicht um mich als Wissenschaftlerin.

Wohlgemerkt, der SVP ging es damals mit ihren Plakaten darum, zu verhindern, dass junge Menschen sich erleichtert einbürgern können, die hier ihren Lebensmittelpunkt besitzen und deren Grosseltern Jahrzehnte zuvor in die Schweiz eingewandert waren.

Die Volksabstimmung über die erleichterte Einbürgerung folgte im Februar 2017. Das Argument, dass die betroffenen jungen Menschen bereits in der Schweiz geboren seien, bezeichnete die SVP in ihrer Kurzerklärung als «Behördenpropaganda». Religiöse Praktiken wurden hier in einem Satz mit dem terroristischen IS und der Missachtung von Frauenrechten genannt. Straffällig gewordene eingebürgerte Schweizer wurden für den potenziellen Anstieg der Kriminalität in der Schweiz verantwortlich gemacht.

Doch die Schweizer Stimmbevölkerung sagte trotz aller Polemik Ja zur erleichterten Einbürgerung von «Ausländern» der dritten Generation.

Ähnlich wie damals, jedoch gänzlich anders gewichtet, steht die Schweiz heute abermals vor einer Abstimmung, in denen Frauenrechte und die nationale schweizerische Identität miteinander in einer kontrovers diskutierten Beziehung stehen. Die Abstimmung zum sogenannten Verhüllungsverbot, die am 7. März, einen Tag vor dem Internationalen Weltfrauentag, stattfinden soll. Sie beinhaltet die Forderung nach einem Burka-, Nikab- und einem allgemeinen Verhüllungsverbot – Letzteres beispielsweise auf Demonstrationen.

Eine Unterscheidung zwischen Verhüllungsverbot und dem Verbot des Gesichtsschleiers von muslimischen Frauen ist mit Blick auf die Inhalte nicht feststellbar. Laut dem Berner Islamwissenschaftler Reinhard Schulze lässt die Kampagne der Befürworter keinen Zweifel daran, dass die Abstimmung dem Islam gilt.

Das Kollektiv #nödschowieder, das von Asmaa Dehbi, Tarek Naguib und Hannan Salamat initiiert wurde, geht noch weiter und sagt im Rahmen ihrer Kampagne «Ein Nein zum Verhüllungsverbot ist ein Nein zu antimuslimischem Rassismus», dass nicht nur Menschen muslimischen Glaubens von der Kampagne zum Verhüllungsverbot betroffen seien, sondern abermals die rund 45 Prozent Menschen in der Schweiz mit Migrationsbiografien. Denn die aktuelle Kampagne führe nicht nur zur Verfestigung von antimuslimischem Rassismus, sondern sei das Ergebnis einer Kontinuität, die auf Ausschluss und Stigmatisierung abziele und bis auf die «Überfremdungsinitiative» in den 1970er-Jahren zurückgehe.

In diesem Zusammenhang wurde im Jahr 2014 mit der Kampagne zur «Masseneinwanderungsinitiative» eine weitere erfolgreiche Zuspitzung erreicht. In dieser Kontinuität werden laut dem Kollektiv derzeit «Frauenrechte für ein rassistisches Anliegen» instrumentalisiert.

Auf der Website des Pro-Komitees unterstreichen die Verhüllungsverbot-Initianten ihre Argumente mit plakativen Einbettungen, die sie mit kurzen und boulevardistischen Textfragmenten unterstreichen. Sie vermischen dabei liberale Freiheitsrechte, religiös bedingten extremistischen Terrorismus und die Frauenrechte in der Schweiz. Dabei unterscheiden die Initiantinnen auch nicht zwischen islamistisch-extremistischen (nicht islamischen!) Praktiken und der sehr heterogenen Lebenswelt von Musliminnen.

Vielfach fallen aber auch die feministischen Positionierungen und Forderungen mit Blick auf weibliche Emanzipationsbestrebungen und Entscheidungen nicht multiperspektivisch aus. Das zeigte sich am Beispiel von Aktivistinnen aus der Gruppe «Foulards Violets» während des Frauenstreiks 2019 in der Schweiz: Muslimische, Kopftuch tragende Vertreterinnen der Gruppe wurden während des Umzugs verbal angegriffen. Sie würden die Unterdrückung von Frauen befürworten und seien eine «Schande» für das feministische Anliegen des Streiks.

Das zeigt sich auch an den gegenwärtigen Reaktionen in den sozialen Netzwerken, wenn Befürworterinnen eines Verhüllungsverbots erklären, dass man es als Frau nicht zulassen könnte, dass Kinder ihre Mütter in dieser Form erleben müssten, mit einer eingeschränkten Kommunikation aufgrund ihrer Verhüllung und folglich als handelnde Subjekte aus der Öffentlichkeit verschwindend.

Die schweizerische Journalistin Amira Hafner-Al Jabaji sagt im Gespräch, dass der Diskurs vor allem auch deshalb so diffus sei, weil nach wie vor nicht klar sei, welches die eigentlichen räumlichen und geografischen Bezüge für dieses geforderte Verbot seien. «Häufig werden prekäre Referenzpunkte im Ausland wie Afghanistan oder Saudiarabien genannt und eben nicht die Schweiz. Nur, was hat all das mit unserer aktuellen Debatte, unseren Rechtsgrundlagen und heterogenen gesellschaftlichen Situationen zu tun? Welche Musliminnen sprechen sich insgesamt für oder gegen die Kampagne aus?»

Denn vielfach, so die Journalistin, wird die Haltung über die Abstimmung entweder als Integrationsleistung oder bewusste Desintegration verstanden.

Worum es sich also bei dieser irritierenden Collage der Kampagne für das Verhüllungsverbot eigentlich handeln soll, wird nicht deutlich: Geht es um das Verhüllungsverbot während Demonstrationen, oder stellt diese Forderung lediglich einen willkommenen Anhang zum Burka- und Nikabverbot dar?

Sollte das Verhüllungsverbot während Demonstrationen tatsächlich wichtig sein, stellt sich die Frage: Weshalb werden die öffentlichen Debatten dann permanent dominiert von einem diffusen Kontext des Islams und der Musliminnen? Wieso wird eine bestimmte Menschengruppe in der Schweizer Gesellschaft als Ziel anvisiert?

Die Argumentation ist klar: Die Gesichtverschleierung einer Frau sei das Einfallstor zum radikalisierten und extremistisch orientierten Islamismus in der Schweiz, der jedoch gern als «radikaler Islam» bezeichnet wird.

Klar ist auch, dass das Ganze einmal mehr ausschliesslich auf die Frauen abzielt. Die in Frankreich lebende und aus dem Iran stammende Grafikerin und Autorin der Bücher «Persepolis», Marjane Satrapi, erklärte unlängst in einem Interview auf die Frage zur Kopftuchdebatte und der möglichen staatlichen Bevormundung in Europa, dass man doch die Frauen bitte in Ruhe lassen sollte:

Ich habe es gehasst, das Kopftuch zu tragen. Ich hasse es bis heute und ich weiss genau, was es bedeutet, ein Kopftuch tragen zu müssen. Aber wer um Himmels willen bin ich, anderen zu erklären, was gut oder schlecht für sie wäre. Es gibt etwas, das sehr viel mehr wiegt als meine Überzeugung. Man nennt es die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte. Jeder Mensch hat das Recht, zu glauben, woran er will, sich zu kleiden, wie er will – und zu leben, wie er will. (...) Ich habe diese Gesellschaften satt, in denen Frauen ständig vorgeschrieben wird, was sie tragen sollen und was nicht.

Marjane Satrapi hat unter dem Druck von staatlicher Repression in ihrer Kindheit erfahren müssen, wie das Leben ihrer Familie und ihr eigenes zunehmend in Gefahr gerieten. Satrapi entwirft im Interview eine feministische Utopie, in der ambivalente Reaktionen ihren Platz haben, in der sich eine Frau sowohl mit nackten Körperstellen als auch verhüllt in der Öffentlichkeit bewegen kann, ohne angegriffen zu werden, ohne bedroht zu werden, ohne reglementiert zu werden, ohne bedrängt oder vergewaltigt zu werden.

Obwohl Satrapis Referenzpunkt der Iran ist, unterscheidet sie klar zwischen individueller Lebensgestaltung und kollektiven Ansprüchen an den weiblichen Körper.

Bei einem Spaziergang im spätsommerlichen Ambiente des Zürichsees im September 2016 begegneten mir zwei Frauen, die der feministischen Utopie, die Marjane Satrapi entwirft, tatsächlich entsprachen. Einer in Hotpants und Flipflops gekleideten Frau, die im Gehen ihr Baby an ihrer Brust stillte und sich mit ihrem Partner unterhielt, folgte eine voll verschleierte Touristin, die Eiscremeflecken von den Gesichtern ihrer kleinen Kinder abwischte und ihren Blick über das Wasser schweifen liess.

Klar ist, dass ein Erfolg der Kampagne für das Verhüllungsverbot uns weit entfernen würde von feministischen Utopien. Stattdessen dürfte er den antimuslimischen Rassismus weiter befeuern und als dessen Signalwirkung auch den Frauenhass – womit der 8. März 2021 definitiv kein Tag für alle Frauen in der Schweiz wäre.